

werden jetzt die Ernte-  
richterstatter für An-  
erläuft sich der Ernte-  
unterweizen auf  
tag von 13,7 Dz. ent-  
des Vorjahrs ergab  
ektarertrag von 20,6  
auf den dem jetzigen  
schen 35 326 173 Dz.  
wurden. Für So m-  
ertrag nach der Schät-  
658 Dz. bei einem  
ehenden Ziffern der  
lauten auf 3 098 850  
November 1913 auf  
Winterroggen  
ar 12,0 Dz.; Novem-  
Dz., November 1913  
Sommerroggen  
0 650 Dz., November  
e August 15 813 669  
1921 19 389 950 Dz.,  
30 402 182 Dz., pro  
800 Dz., pro Hektar  
Dz., pro Hektar 15,8  
o Hektar 22 Dz.

Obstmarkt am  
geführt. Es wurden  
ährend auf den vor-  
acht wurden.

(anne.) Die Frucht-  
ende Zentnerpreise:  
3300 M, Hafer 2000  
nd Roggen 2500 bis

lich nicht an den Werten- und  
fog. wirtschaftlichen Verlehrs-

Elmann, Calw,  
Buchdruckerei, Calw.

3. Oktober 1922.

geige.  
zur Nachricht,  
er bejorgter Vater:

Hard  
meister  
schwerem Leiden  
Trauer:  
geb. Buch,  
Kindern.  
erstag nachmittag  
bestens gedankt.

ewillige Feuer-  
wehr Calw.  
Unser Kamerad  
Karl  
Eberhard  
ist gestorben u. wird  
Donnerstag mit-  
3 Uhr beerdigt. Die  
Kompagnie hat voll-  
ständig auszurücken.  
Sammlung 2 1/2 Uhr am  
Lohnhaus.  
Das Kommando.

R. V.  
Morgen Donnerstag  
Zusammenkunft  
im „Bürgerstübli“:

Sportfischer  
ht Kauf, Pacht oder  
teiligung an  
orellenwasser,  
h kleinen Umfangs. Gef-  
gebote an die Geschäft-  
de. Bl. erbeten.



Nr. 232 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 97. Jahrgang.

Veröffentlichungsweise: 3mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die 5-spaltige Zeile M. 10.—  
Wochen M. 30.—. Auf Sammelanzeigen kommt ein Aufschlag von 100 %.—. Fernspr. 9. **Donnerstag, den 5. Oktober 1922.** Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 315.—. vierteljährlich. Postbezugs-  
preis M. 315.— mit Bestellgeb.—. Schluss der Anzeigenannahme 3 Uhr vormittags.

### Neueste Nachrichten.

**Die Reichsregierung hat mit den Führern der Reichstagsparteien** Fühlung genommen, um über die Anberaumung der Reichspräsidentenwahl Richtlinien zu erhalten.

Der frühere englische Schatzkanzler **Mag Kenna** hat über die diesen Sommer in Paris stattgehabte internationale Bankierkonferenz Angaben gemacht, wonach die Konferenz die Unfähigkeit Deutschlands zur Erfüllung der Zahlungen des Londoner Ultimatums festgestellt habe. Deutschland habe in den letzten 3 Jahren jede Anstrengung gemacht, seinen Außenhandel zu entwickeln, es sei aber augenblicklich nicht fähig, einen Lebensschuß aus der Ausfuhr der Waren zu erzielen, weil es Lebensmittel, Erze und Kohlen einführen müsse, die im Hinblick auf den dauernd sinkenden Wert der Mark allen Verdienst aufzehren.

Der Völkerverbund hat nun die österreichische Anleihe genehmigt. Die Bedingungen sind so gehalten, daß Oesterreich völlig abhängig vom Ententekapital ist.

Die Konferenz von **Mudania** ist noch nicht offiziell eröffnet worden. Die Tagesordnung umfaßt die Frage der Grenzen Ostthraziens, der Räumung Thraziens, der neutralen Zone und Konstantinopels. Die Türken fordern sofortige Befehung Thraziens, die Engländer wollen dagegen diese Frage erst bei den Friedensverhandlungen behandeln lassen. Der türkisch-englische Konflikt hat also noch keine Entspannung erfahren, und das umsoweniger, als die englischen Nationalisten anscheinend gegen Lloyd George Sturm laufen, weil sie ihm Nachgiebigkeit in der orientalischen Frage vorwerfen.

### Der Ernst der Orientkrisis.

\* Die Alliierten wie die Türken und Griechen haben bevollmächtigte Generale nach der an der Südküste des Marmarameeres liegenden Stadt **Mudania** geschickt, um über die Grundlege zu beraten, auf der sich die Kriegführenden wie die Alliierten zu Friedensverhandlungen bereitefinden können. Die türkischen Nationalisten verlangen die sofortige Räumung Thraziens durch die Griechen, und die vorläufige Befehung durch die Alliierten. Dagegen wollen die Griechen, die in Thrazien ein Heer von 150 000 Mann aufzustellen in der Lage sein sollen, das Land unter allen Umständen verteidigen. Nun darf allerdings nicht damit gerechnet werden, daß die Griechen auch tatsächlich den Kampf gegen die Türken wieder aufnehmen ohne Zustimmung der Entente, denn dann würden sie letzten Endes auch Thrazien gegen die vom Orient, von Rußland und von den Franzosen unterstützten Türken verlieren. Ueberdies würde die Entente diesen Kampf ohne Not gar nicht zulassen, denn sie hat sich ja schon entschlossen, den Türken Thrazien bis zur **Mariza** zuzusprechen. Für die Alliierten war Griechenland natürlich nur eine Schachfigur ihrer Orientpolitik. Nachdem der Plan der Entente, die Türkei vollständig zu zerstücken, und den Türken nur noch Kleinasien — und das auch noch ohne den Bezirk **Smyna** — zu lassen, an dem Widerstand der türkischen Nationalisten gescheitert war, die den nationalen und religiösen Geist der Völker des Orients gegen ihre Unterdrücker zu mobilisieren verstanden, und durch das Bündnis mit Sowjetrußland sich den nötigen politisch-militärischen Rückhalt zu verschaffen wußten, leitete die Entente in Erkenntnis der Gefahren eine andere Politik gegenüber der Türkei ein. Wir möchten hier wiederholt unserer Auffassung Ausdruck geben, daß wir in bezug auf die Frage der Unterstützung der Türken durch die Franzosen nicht an ein gesonderes, gegen England gerichtetes Vorgehen Frankreichs glauben, es handelt sich hier u. E. — genau so wie bezüglich der Haltung Englands und Amerikas in der Reparationsfrage — um ein raffiniertes Doppelspiel der Alliierten zum Zweck der Verhinderung der Bildung einer großen Gegenkoalition des Ostens. Deshalb hat man die kleinen Griechen, die man als Landsknechte verwendet hatte, fallen lassen, und sucht nun die türkischen Ansprüche zu befriedigen. Anstatt des geplanten Gebiets-erwerbs wollen die Franzosen sich nun anscheinend mit der Erwerbung von Rechten auf Ausbeutung der reichen Bodenschätze Syriens begnügen. Ob die Engländer allerdings Mesopotamien und Palästina wieder herausgeben werden, erscheint uns sehr fraglich. Auch die Amerikaner haben ihre Ansprüche angemeldet. Durch den Krieg ist es den Amerikanern gelungen, den südamerikanischen Markt der deutschen Volkswirtschaft zu entreißen. Jetzt gehen sie darauf aus, in Rußland, den Balkanländern, in Klein-

asien, Persien usw. einerseits Absatzgebiete für ihre Waren zu erobern, andererseits die dortigen Bodenschätze für sich zu erwerben, um so die Monopolisierung sämtlicher Rohstoffe der Welt in ihren Händen weiter zu verfolgen. Selbstverständlich suchen die Herren diese Ausbeutungsabsichten so gut wie möglich zu verdecken. Die Arbeit der amerikanischen Industrie und Finanz geht ganz geräuschlos; es wird den Türken und Persern Kapital „vorgestreckt“ zum Wiederaufbau des Landes, wofür diese Länder dann ihre Bodenschätze verpfänden müssen. Wie die Amerikaner in Wirklichkeit über die türkische Frage denken, das geht aus den Presseäußerungen hervor, die zweifellos von Washington aus in das Volk getragen wurden. Demnach sollen „verschiedene“ Organisationen „religiösen Charakters“ die Regierung aufgefordert haben, Maßnahmen zum Schutze der amerikanischen Untertanen und der — Armenier zu treffen, und daß in einem etwaigen englisch-türkischen Krieg die Vereinigten Staaten mit England zusammenwirken sollen. Wir sehen hier dieselbe Masche und Hege wie anlässlich der Kriegserklärung an Deutschland. Auch hier wurden „moralische“ Momente in den Vordergrund geschoben, und so will man auch jetzt wieder den unerfülllichen amerikanischen Wirtschaftsimperialismus damit verschleiern, daß man vorgibt, die Christen im Orient gegen die „barbarischen“ Türken verteidigen zu wollen.

Besonders kompliziert wird aber die orientalische Frage durch das aktive Eingreifen Sowjetrußlands, das eine Regelung der Meerengenfrage ohne seine Teilnahme nicht anerkennen will, da es mit Recht behauptet, daß die Regelung, wie sie die Entente vorsteht, lediglich eine verhängte Herrschaft der Entente über die Dardanellen bedeutet. Es stehen jetzt also die Ostvölker geschlossen der Entente gegenüber, und es wird der ganzen Geschicklichkeit der Diplomatie der Alliierten bedürfen, um ihre wirtschaftlichen und politischen Pläne im Orient ohne Waffenentscheidung durchzuführen, an die man heute wohl nicht so leichten Herzens appellieren würde, denn diesmal stünden der Entente Gegner gegenüber, die über ein uner schöpliches Menschenreservoir verfügen.

### Die Tagesordnung für die Konferenz in Mudania.

Paris, 4. Okt. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel war die Ankunft der drei alliierten Oberkommissare in Mudania für gestern Abend acht Uhr vorgesehen. Die Tagesordnung der Konferenz umfaßt folgende Punkte: 1. Festsetzung der ostthrazischen Grenze, 2. Modus der Räumung Thraziens durch die griechische Armee und die griechischen Behörden, 3. Modus der Rückertattung Thraziens an die Türkei, 4. Frage der neutralen Zone, 5. Lage in Konstantinopel. Die Beratungen dürften einen raschen Fortgang nehmen. Die Delegierten seien mit Vollmachten versehen. Die ausländischen Zeitungsberichterstatter hätten energischen Einspruch erhoben gegen das Verbot, nach Mudania zu gehen. Die türkische Delegation bestehe aus **Ismed Pascha** als Vertreter **Mustafa Kemals**, und dem Generalstabschef **Tewfi Pascha**.

### Alliierte Militärkommissionen zur Veruhigung der thrazischen Bevölkerung!

Paris, 4. Okt. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel sind heute Militärkommissionen für Thrazien abgereist, die französische nach **Adrianopel**, die englische nach **Robosto**, die italienische nach **Lille-Burgas**. Ihre Aufgabe sei, die Gemüter zu beruhigen und Zwischenfällen vorzubeugen. Man hoffe, daß die griechischen Behörden in Thrazien sie ihr Mandat werden durchzuführen lassen.

### Zur Haltung Englands und Griechenlands.

Berlin, 4. Okt. Lord Curzon hat dem französischen Botschafter in London am Montag eine Denkschrift überreicht, nach der General **Harrington** beauftragt ist, in Mudania folgende Forderung zu vertreten: Rückzug der Türken aus der neutralen Zone bis zu einer Entfernung, die jede Beunruhigung der englischen Truppen ausschließt; verbleiben der englischen Truppen auf dem asiatischen Dardanellenufer; keine Räumung von Ostthrazien durch die Griechen, solange Angora nicht auf die verbündete Note vom 23. September geantwortet hat; keine Erörterung der künftigen Verwaltung von Thrazien, da die Friedenskonferenz dafür zuständig ist. — Nach einer Dena-Meldung aus Athen beginnt das demobilisierte griechische Heer sich in den Garnisonen zu sammeln. In ganz Griechenland ist ein Stimmungsumschwung gegen die Alliierten wahrzunehmen. Der neue Kriegsminister hielt eine Ansprache, in der er sagte: Wir werden Thrazien bis zum letzten Mann und bis zum letzten Schützengraben verteidigen.

### Abbau der Regierung in Konstantinopel.

Paris, 3. Okt. **Havas** berichtet aus Konstantinopel: Man kündigt in den Kreisen der Hoforte an, die Regierung von Konstantinopel habe sich entschlossen, ihren Vertreter in Paris und London die Instruktion zu erteilen, die Geschäfte der Vertreter der großen Nationalversammlung zu übernehmen. Die Delegierten von Konstantinopel würden wegen der Finanzlage der Regierung abberufen.

Paris, 3. Okt. **Havas** berichtet aus Konstantinopel vom 1. Oktober: Obwohl der Gesundheitszustand des Sultans ihn zwingt, sich von der Regierung zurückzuziehen, ist die Nachricht von seiner Abdankung verfrüht. — Befanlich hatte sich eine Regierung der türkischen Nationalisten in Angora gebildet, weil die „rechtmäßige“ Regierung in Konstantinopel zu sehr unter dem Druck der Entente stand, um selbständig handeln zu können. Nun haben die Nationalisten so große Erfolge errungen, daß man nach und nach wieder zu einem einheitlichen Regierungssystem übergehen kann, und zwar unter Führung der Nationalisten, während die Vertreter des Sultans zurückgezogen werden.

### Der neue griechische König Gefangener der Revolutionäre.

Paris, 3. Okt. Der „**Intransigeant**“ veröffentlicht eine Nachricht, deren Verantwortung ihm überlassen bleiben muß, wonach König **Georg** in Athen in einem Zimmer des Palastes festgehalten werde. Bis jetzt habe er erst zwei Besuche von Bedeutung empfangen, den des englischen und den des rumänischen Gesandten. Das revolutionäre Komitee habe ihm zu verstehen gegeben, daß er noch nicht endgültig König sei.

### Die üblichen amerikanischen Heuchelmethoden.

London, 3. Okt. „**Daily Mail**“ meldet aus Washington, daß das Weiße Haus mit Eingaben und Entschuldigungen von verschiedenen Organisationen religiösen Charakters überschüttet werde, in denen die Regierung aufgefordert werde, Maßnahmen zum Schutze der amerikanischen Untertanen und der Armenier im nahen Osten zu ergreifen. Es werde gefordert, daß die Vereinigten Staaten im Falle eines englisch-türkischen Kriegs mit England zusammenwirken sollen. Sowohl **Präsident Harding** als auch Staatssekretär **Hughes** sollen überrascht sein von den Umfang dieser Beschlüsse, die nach Ansicht gewisser Regierungsvertreter eine ziemlich akute Lage hervorgerufen haben. — Das ist natürlich dieselbe Masche wie im Kriege gegen Deutschland. Die öffentliche Meinung Amerikas soll unter dem Gesichtspunkt religiöser Interessen gegen die Türkei eingenommen werden, während man den Mineralreichtum der Türkei in die Hände bekommen möchte.

### Die Reparationsfrage.

#### Der frühere britische Schatzkanzler über die Reparationsfrage.

Newyork, 5. Okt. Der frühere britische Schatzkanzler und jetzige Vorsitzende der Londoner **Joint City and Midlandbank** **Mac Kenna**, hielt gestern bei einer Zusammenkunft der Vertreter der amerikanischen Bankiers eine wichtige Rede über die Reparationen und die internationalen Schulden. Er hob zunächst hervor, daß der Bankierausschuß, der anfangs dieses Sommers in Paris tagte habe, in seinem Bericht an die Reparationskommission auf die Notwendigkeit der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen den Ländern und die Stabilisierung der Wechselkurse hinwies. Der Ausschuß sei zu dem Schluß gekommen, daß diese Ziele nicht erreicht werden könnten ohne endgültige Regelung der Reparationen und der anderen internationalen Schulden. Die größte aller dieser Schulden sei die deutsche Reparationsschuld, an der die Vereinigten Staaten jeden Anteil abgelehnt hätten. Das Londoner Ultimatum habe diese Schuld auf 32 Milliarden Dollar festgesetzt. Der Redner gab dann ein Bild von der Verschuldung der einzelnen Länder an Amerika und kam auch auf den Friedensvertrag von **Frankfurt a. M.** vom Jahre 1871 zu sprechen, der eine französische Kriegsentzückung von einer Milliarde Dollar festgesetzt habe, die rasch bezahlt worden sei, ohne irgend eine Verwirrung im Welt-handel hervorzurufen. Die erste Frage sei deshalb, wie groß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands sei. Um zu bezahlen, müsse Deutschland produzieren. Produktion an sich jedoch sei nicht genug. Deutschland müsse auch einen Markt für seine Ausfuhr finden. Und damit werde das Problem ein Problem der Feststellung einer möglichen Ausdehnung

## Ämtliche Bekanntmachung

### Verordnung über die öffentliche Brotversorgung vom 8. September 1922.

Auf Grund des § 31 Abs. 3 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 vom 4. Juli 1922 (Reichsgesetzbl. I S. 549) wird im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und mit Zustimmung des Reichsrats verordnet:

#### § 1.

Versorgungsberechtigt sind nicht Personen, deren steuerpflichtiges Einkommen für das Kalenderjahr 1921 nach dem Einkommensteuerbescheide für 1921 oder, falls ein solcher bei Feststellung der Versorgungsberechtigung noch nicht festgestellt worden ist, nach ihrer Einkommensteuererklärung für die alleinstehende Person 30 000 M. für den Haushaltsvorstand 30 000 M. zuzüglich 15 000 M. für jeden in dem gemeinsamen Haushalt verpflegten Haushaltsangehörigen überstiegen hat. Das gleiche gilt für Personen, deren Einkommen, ohne daß eine inländische Einkommensteuerpflicht für das Kalenderjahr 1921 bestand, die obengenannten Sätze überstiegen hat.

Wer nachweist, daß sein Einkommen im Wirtschaftsjahr 1922/23 das Vierfache des Einkommens nach Abs. 1 nicht übersteigt, bleibt versorgungsberechtigt.

#### § 2.

Die Kommunalverbände haben vorbehaltlich der Vorschrift im § 40 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 gemäß § 35 daselbst

des deutschen Ausfuhrhandels. Der Redner besprach dann die jetzige Lage Deutschlands und wies darauf hin, daß Deutschland das meiste seiner ausländischen Kapitalanlagen verloren habe. Die deutschen Schiffe seien beschlagnahmt und Deutschland sei einiger seiner produzierenden Gebiete beraubt worden. Zu keiner Zeit seien Deutschlands ausführbare Ueberschüsse genügend gewesen, um die Zahlungsbedingungen des Londoner Ultimatus zu erfüllen. Daß Deutschland dies jetzt tun könne, sei völlig ausgeschlossen. Mac Kenna gab dann eine Uebersicht über die von Deutschland geleisteten Barzahlungen und Sachlieferungen und wies auf das fortwährende Fallen des Marktkurses hin. Deutschland habe in den drei letzten Jahren jede Anstrengung unternommen, um seinen Außenhandel zu entwickeln. Trotzdem zeige die Handelsstatistik, daß die Ausfuhr immer noch kaum an die Einfuhr heranreiche. Deutschland sei augenblicklich nicht fähig, einen Ueberschuß aus der Ausfuhr der Waren zu erzielen. Dabei sei es als eine gewerbetreibende Nation gezwungen, Lebensmittel einzuführen, ferner infolge des Verlustes eines großen Teils seiner Mineralgebiete, sowohl Eisenerz als auch Kohlen. Ein vermehrter ausführbarer Ueberschuß könne daher nur durch eine Ausdehnung des Verkaufs von Fertigwaren erzielt werden. (Der Schluß des Berichts ist noch nicht erschienen.)

### Amerika und die Reparationsfrage.

New-York, 4. Okt. (Zuspruch). Senator Caraway, der unlängst aus Europa zurückgekehrt ist, erklärte dem Washingtoner Vertreter der „New-York World“, Frankreich bestehe, darauf, das einzutreiben, was ihm nach dem Versailler Vertrag zukomme, sei jedoch nicht willens, seine internationalen Schulden zu bezahlen. Es würde in Amerika nicht verstanden werden, fügte Senator Caraway hinzu, wenn die Ver. Staaten Europa unterstützten und dabei zuließen, daß Europa Geld verschwende, um Tausende von Soldaten unter Waffen zu halten. — Derartige schöne Redensarten haben wir schon so viele mal von Amerika gehört, daß wir ihren Wert genügend einzuschätzen wissen.

New-York, 4. Okt. Auf der Konferenz der amerikanischen Bankiers sagte der Finanzmann Lemont u. a., die öffentliche Meinung in Amerika und Europa messe heute der Frage der interalliierten Schulden eine sehr große Bedeutung bei, während das Reparationsproblem erst in zweiter Linie komme. Deutschland könne keinen Betrag zahlen, der sich der im Friedensvertrag festgesetzten Reparationssumme näherte. Der Redner forderte die Amerikaner auf, sich zu überlegen, ob nicht gewisse alliierte Schulden an Amerika annulliert werden sollten.

### Vorläufig keine deutschen Arbeiter bei den Wiederaufbauarbeiten in Frankreich.

Paris, 3. Okt. Der Minister für die besetzten Gebiete empfing den Sekretär des Aktionsausschusses für die verwüsteten Gebiete, Doucome, der ihm von den Verhandlungen mit der sozialistischen Baugewerkschaft über die Sachlieferungen an Geschädigte auf Grund der Abkommen von Wiesbaden und Berlin Kenntnis gab. Die Verwendung deutscher Arbeitskräfte in Frankreich sei gegenwärtig nicht in Erwägung gezogen. Der Minister versicherte, daß er die Bestrebungen zum Ausbau der Sachlieferungen mit Interesse verfolgte.

### Der Rathenauprozess.

Leipzig, 4. Okt. Bei der heutigen Verhandlung im Rathenau-Prozess vor dem Staatsgerichtshof wurde der Angeklagte Werner Tschow vernommen. Er sagte aus, er habe keiner politischen Partei angehört, wohl aber der Organisation C, für diese Organisation sei er gereist und habe auch Auswandselder von ihr erhalten. Weitere Aussagen darüber verweigerte er. Kern habe Tschow verpflichtet, das Automobil zu steuern, das zur Befreiung von deutschen Offizieren, die im besetzten Gebiet verhaftet worden seien, gebraucht werden sollte. Am Bahnhof in Dresden habe er das Auto übernommen. Von der Ermordung Rathenaus sei

die Maßnahmen zur Durchführung des Ausschusses der nach § 1 nicht Versorgungsberechtigten aus der öffentlichen Brotversorgung so zu treffen, daß der Ausschluß am 16. Oktober 1922 wirksam wird. Sie können bestimmen, daß die öffentliche Brotversorgung nur auf Antrag eintritt, und daß diejenigen, welche die öffentliche Brotversorgung beanspruchen, den Nachweis für das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 1 erbringen.

Berlin, den 8. September 1922.

### Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft gez.: F e h r.

Gemäß vorstehender Verordnung werden alle diejenigen Personen, welche nach § 1 dieser Verordnung keinen Anspruch auf die öffentliche Brotversorgung haben, aufgefordert, dies innerhalb 8 Tagen spätestens bis 13. Okt. 1922 unter gleichzeitiger Rückgabe der vom 16. Oktober 1922 an geltenden Brotmarken und unter Angabe der Gesamtzahl der Haushaltsangehörigen, welche aus der öffentlichen Brotversorgung ausscheiden, ihrem Stadt-Schultheißenamt anzuzeigen. Auf die Strafbestimmung des § 49 Abs. 1 Ziff. 3 des Reichsgetreidegesetzes, wonach derjenige, der ohne versorgungsberechtigt zu sein, die öffentliche Brotversorgung in Anspruch nimmt, mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 500 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft wird, soweit nicht nach andern Vorschriften eine schwerere Strafe verwirkt ist, wird hingewiesen.

nicht die Rede gewesen. Später seien Tschow, Kern und Fischer, zu denen nachträglich noch Günther gekommen sei, im Automobil nach Nikolstorf gefahren. Hier hätten die drei anderen im Walde Schießübungen vorgenommen, was er aber erst später erfahren habe. Dann seien sie in der Richtung Hundeshle gefahren. Tschow sagte über die Reise nach Schwerin aus, von Schwerin sei es nach Rostock gegangen, wo Ulemann abgeholt worden sei, der aber nicht bis Berlin zurückfuhr. In Berlin ging es nach einer Garage, die Diesel öffnete, und dann zu Schütz, wo Kern wohnte. Als Tschow die Mäntel und das übrige Gepäck in die Wohnung hinauf gebracht habe, sei ihm die verhängte Maschinenpistole aufgefallen. Auf die Frage, was das sei, habe Kern geantwortet, daß die Pistole die deutsche Regierung nur durch Errichtung einer nationalen Regierung aufgebessert werden könne, die durch innere Unruhen erreicht werden müsse. Tschow entnahm daraus, wie er erklärte, daß es sich um die Beseitigung eines republikanischen Führers handele und zwar glaube er, es sei auf einen Führer der Linken abgesehen. Später wurde über Rathenau gesprochen, den Kern als schweren Schädling bezeichnet habe. Rathenau beabsichtige, die gesamte Produktion in die Hände der Juden zu bringen. Sein Abkommen mit Frankreich begünstige die Entente und müsse den Zusammenbruch Deutschlands herbeiführen. Bei dieser Gelegenheit sei viel getrunken worden. Schließlich habe Tschow dem Kern sein Ehrenwort gegeben, daß er bei dem Attentat mitwirken werde. Er hatte den Eindruck, daß Kern die Tat aus sich heraus ausführen werde, ohne die Rechtsparteien hinter sich zu haben. Auf Befragen gibt Tschow an, daß sein Großvater Behrens mit Rathenau im Aufsichtsrat der A.G. saß und auch in der Berliner Handelskammer mit ihm zusammen tätig war. Bezüglich des Attentats war verhandelt worden, daß das Auto Rathenaus überholt werden sollte. Als dies geschehen war, hörte Tschow schnell hintereinander zehn bis fünfzehn Schüsse fallen. — Hier wurde die Vernehmung durch eine Pause unterbrochen. Bei Wiederaufnahme der Verhandlung erklärte Werner Tschow weiter, er sei bei der Autofahrt der Meinung gewesen, daß die Tat noch nicht ausgeführt werden sollte. Erst als die Schüsse gefallen seien, habe er keinen Zweifel mehr gehabt. Er habe aber auf dem Vorderbühnen unbedingt aushalten müssen. In einem Brief Tschows an seine Mutter kommt die Wendung vor: „Mein Opfer wurde dadurch illusorisch“. Weiter ist in dem Brief von „dem Eid an die Organisation C zu unbedingtem Gehorsam“ die Rede. Tschow bestreitet indessen, durch Eid verpflichtet gewesen zu sein. Weiter erklärte er, er habe keine Flucht nicht vorbereitet. Hans Gert Tschow sagte aus, am 16. Juni habe er eine Zusammenkunft Kerns mit Günther in der Wohnung seiner Mutter vermittelt. Er hatte, wie auch bei späteren Zusammenkünften, keine Kenntnis davon, daß ein Attentat auf Rathenau beabsichtigt gewesen sei. Es wird indessen festgestellt, daß der Angeklagte in der Voruntersuchung das zugestanden hat. Der jüngere Tschow erklärte weiter, nach dem Attentat habe er sich sofort gefügt, daß Kern und Fischer die Täter seien. Er hatte auch an der Beteiligung seines Bruders keinen Zweifel. Auf Befragen gibt er zu, daß ihm die ganze Zeit nicht gesagt wurde, daß es sich um eine Gefangenensbefreiung im besetzten Gebiet handle. Der Hausarzt der Familie Tschow, Dr. Großer, führte als Sachverständiger aus, bei Hans Gert Tschow sei die linke Körperseite seit den Pubertätsjahren zurückgeblieben. Infolge Kränklichkeit mußte er viel liegen. So kam er zur Beschäftigung mit Politik. Seine Zurechnungsfähigkeit sei zweifellos gemindert. Der ältere Tschow sei insofern abnorm, als er bereits auf den geringsten Alkohol reagiere.

### Deutschland.

#### Besprechungen zwischen Regierung und Parteien über die Wahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 4. Okt. In der Reichskanzlei begannen heute mittag Besprechungen der Reichsregierung mit den Parteiführern über die Reichspräsidentenwahl. Zunächst fand eine Aussprache des Vertreters des Reichskanzlers, Vizekanzlers Bauer, mit Vertretern der Koalitionsparteien statt. Daran schloß sich eine weitere mit Vertretern der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Nationalen Volkspartei an. Die Besprechungen sind noch nicht abgeschlossen.

Die Gemeindebehörden haben nach Ablauf obigen Zeitpunktes an Hand der ihnen zugänglichen Unterlagen zu prüfen, ob und inwieweit etwa der Anzeigepflicht nicht Folge geleistet worden ist, und gegebenenfalls das etwa weiter Erforderliche zu veranlassen. Durch Vormerkung in den Abgabefarten ist Vorkehr zu treffen, daß künftig die Abgabe von Mehl- und Brotarten an die von der öffentlichen Brotversorgung ausgeschlossenen Personen unterbleibt.

Befinden sich in einem Haushalt neben dem Haushaltsvorstand weitere Personen, die selbständig einkommensteuerpflichtig sind, so sind sie für die Feststellung der Versorgungsberechtigung nicht als Haushaltsmitglieder, sondern als alleinstehende Person zu betrachten.

Eine Ausnahme gilt bez. der Dienstboten. Diese gehören zu den im gemeinsamen Haushalt verpflegten Personen; es darf also bei der Berechnung der Versorgungsgrenzen auch für jeden Dienstboten der Betrag von 15 000 Mark in Anrechnung gebracht werden; gehört die Familie trotzdem nicht zu den Versorgungsberechtigten, so haben auch die Dienstboten keinen Anspruch auf öffentliche Brotversorgung.

Die Stadt-Schultheißenämter haben bis längstens 20. Oktober 1922 hierüber zu berichten, wie viele Personen aus der öffentlichen Brotversorgung ausgeschlossen sind.  
Calw, den 3. Oktober 1922.

Kommunalverband: Oberamtmann G ö s.

### Gegen die Preispolitik der Zuckersyndikate.

Berlin, 5. Okt. Wie das Berliner Tageblatt hört, sind die Rübenfabrikanten mit ihrer Forderung auf Heraussetzung des Rübenpreises bis auf rund 400 Mark pro Ztr. bei der Regierung durchgedrungen. Demgemäß würde bereits in aller nächster Zeit der Zuckerspreis von 2500 auf 5000 Mark pro Zentner steigen. Infolge Erhöhung der Frachtgebühren und Provisionsätze wird man im Großverkehr mit einem Preis von rund 7000 Mark pro Zentner rechnen dürfen. Da der Preis für Auslandszucker nur 7500 Mark beträgt, so wird die Differenz zwischen den beiden Zuckerarten bedeutend verringert sein.

Berlin, 5. Okt. Der zur Zeit in Halle tagende große Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes richtete ein Telegramm an das Reichsministerium, in dem dagegen protestiert wird, daß der Zuckersyndikatsrat, die lediglich ein Organ des Zuckersyndikats sei, die Verfügungsgewalt über die ganze deutsche Zuckersyndikatswirtschaft haben soll. Das Telegramm erneuert die bereits angeregten Vorschläge auf Bildung eines Gemeinwirtschaftsorgans unter entscheidender Mitwirkung der durch die Gewerkschaften vertretenen Verbraucher bei Verteilung und Preisbildung.

### Die Verdienstgrenze

#### bei der Angestelltenversicherung aufgehoben.

Berlin, 4. Okt. Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstags nahm bei Beratung über die Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte entsprechend dem Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei den Grundbesitz an, daß die Verdienstgrenze für die Versicherungspflicht überhaupt fallen soll. Es würden aber folgende Personen für versicherungsfrei erklärt, sofern der Jahresarbeitsverdienst 500 000 Mark übersteigt: Bevollmächtigte Betriebsleiter, Geschäftsführer bei Gesellschaften m. b. H. Alle anderen Angestellte sind also ohne Rücksicht auf die Höhe des Jahresarbeitsverdienstes versicherungspflichtig.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 5. Oktober 1922.

#### Preisüberwachung.

Sämtlichen mit der Preisüberwachung betrauten Behörden und Beamten ist vom Ernährungs- und Arbeitsministerium unter Hinweis auf eine Reihe krasser Auswüchse bei der Preisbildung die nachdrückliche Anwendung aller gesetzlichen Handhaben zur Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums aufs neue zur besonderen Pflicht gemacht worden. Im Zusammenhang hiemit wurden die Gemeinden auf die schon früher betonte Notwendigkeit der Bildung von Preisprüfungsausschüssen bei den Preisprüfungsstellen und, wo solche Stellen nicht bestehen, von örtlichen Preisüberwachungsausschüssen hingewiesen und die Erwartung ausgesprochen, daß solche Ausschüsse, die sich zur einen Hälfte aus Erzeugern und Händlern, zur anderen Hälfte aus Verbrauchern zusammensetzen, wenigstens in allen Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern und in allen Oberamtsstädten gebildet werden. Auch wurden die Oberämter und Gemeindebehörden erneut auf die außerordentliche Bedeutung hingewiesen, die unter den derzeitigen Verhältnissen dem Aushang von Preisverzeichnissen und der Anbringung von Preistafeln für die Preisüberwachung zukommt.

#### Das Arbeitsnachweisgesetz.

Am 1. Oktober ds. Js. trat das Arbeitsnachweisgesetz in Kraft. Weitgehende Änderungen des bisherigen Zustandes wird das Gesetz für Württemberg nicht bringen. Im Gegensatz zu manchen Gebieten des Deutschen Reiches hat Württemberg schon ein alle Gemeinden des Landes umfassendes Netz von Arbeitsämtern, das nur dahin nachzuprüfen ist, ob nicht etwa bestehende Arbeitsnachweise — so werden die Arbeitsämter jetzt genannt — zusammenzulegen oder anders abzugrenzen seien. Das bestehende Landesamt für Arbeitsvermittlung soll als selbständige Landesmittelstelle erhalten bleiben; die bestehenden Arbeitsämter werden in öffentliche Arbeitsnachweise überführt, die bisherigen Träger der Arbeitsämter werden zu „Er-

richtungsgemeinschaften...  
Landesamt...  
bei den Arbeit...  
Berücksichtigung...  
einigungen, d...  
sichtigung der...  
Kreis der Ar...  
erwartenden...  
mittlung und...  
gesetzlichen...  
Berufsberat...  
Mit Gült...  
ber Reichsbal...  
1. Klasse 120...  
600 M. und...  
Vormerkgebü...  
Protest des...  
gegen die...  
(S.C.B.) S...  
vereine in W...  
in den Bulles...  
Ausführungs...  
zum Reichsmi...  
durch den die...  
Stuttgarter W...  
Zweck der Ar...  
griff der Sa...  
Oberregierung...  
längerer Rede...  
temberjähri...  
gleich diese...  
dem Geist de...  
Rückblick get...  
rungsbestimm...  
in Widerspruch...  
Großorganisation...  
besetzte weni...  
der Zwangsw...  
näher darleg...  
würde. Ausfüh...  
Verwaltungst...  
Beschäftigung...  
Ausdehnung...  
(S.C.B.) C...  
bringt ein...  
denn dem Sta...  
(S.C.B.) S...  
tigung zur...  
gegen den erste...  
Scheine in d...  
2 Monate be...  
(S.C.B.) D...  
ist in der C...  
platz ein mi...  
Führung in...  
umgestürzt...  
war bei den...  
It. Untertürk...  
benutzt. Bei...  
türkheim an...  
erlitt so sch...  
gerufenen M...  
konstatieren...  
(S.C.B.) J...  
der 25 Jahr...  
10)  
Theodors...  
Kleider und...  
ausgeplünd...  
Scheune war...  
Mühe, wied...  
Brot zu erw...  
oder eine W...  
men, so fand...  
fer. Den Al...  
und wenn a...  
sie lieber un...  
Kinde hätten...  
zusehends, u...  
verschwend...  
keit, und w...  
oft befinden...  
es keinen Au...  
Sechs Jahre...  
nährt und g...  
da wurden...  
ges umherz...  
nicht im erf...  
Der achtjäh...  
rief die Na...  
kein Arzt in...  
tat; aber je...  
Knabe eine...  
ein Urat kan...

auf obigen Zeit-  
Unterlagen zu  
gepflicht nicht  
falls das etwa  
Bormerlung  
daß künftig die  
von der öffentl.  
Personen unter-

dem Haushal-  
ständig einkom-  
feststellung der  
haltungsmitteln  
betrachten.

ten. Diese ge-  
erpfligten Ver-  
Verorgungs-  
rag von 15 000  
bet die Familie  
so haben auch  
Brotverfor-

längstens 20,  
Personen aus  
en sind.

tmann G ö s.

ryndikate.  
Blatt hört, sind  
g auf Heraus-  
Mark pro Ztr.  
mäßig würde be-  
von 2500 auf  
Erhöhung der  
im Großver-  
pro Zentner  
landszucker nur  
bischen den bei-

tagende große  
richtete ein  
erium, in dem  
schäftsstelle, die  
di, die Verfüg-  
wirtschaft ge-  
ert die bereits  
Gemeinwirt-  
ung der durch  
bei Verteilung

gehoben.  
des Reichstags  
sicherungsgesetz  
aufnationalen  
n, daß die Ver-  
aupt fallen soll.  
ungsfrei erklärt,  
übersteigt: Bei  
Gesellschaften  
ne Rücksicht auf  
ungspflichtig.

Oktober 1922.

betrachten Be-  
und Arbeits-  
krasser Aus-  
Anwendung  
des Wucher-  
pflicht gemacht  
die Gemein-  
keit der Bil-  
prüfungsstellen  
tlichen Preis-  
Erwartung  
einen Hälfte  
den Hälfte aus  
allen Gemein-  
n allen Ober-  
die Oberämter  
außerordentliche  
tigen Verhält-  
und der An-  
erwachung zu-

snachweisgesetz  
dieserigen Zu-  
nicht bringen.  
tischen Reiches  
n des Landes  
ur dahin nach-  
tsnachweise —  
zusammenzu-  
stehende Lan-  
ständige Lan-  
enden Arbeits-  
weise überführt,  
werden zu „Er-

richtungsgemeinden". Ueber die Bildung von Verwal-  
tungsausschüssen bei den Arbeitsnachweisen und beim  
Landesamt enthält das Gesetz eingehende Vorschriften, die  
bei den Arbeitsnachweisen die gleichmäßige Verteilung der  
Beistellstellen auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer und die  
Berücksichtigung der beiderseitigen wirtschaftlichen Ver-  
einigungen, den Schutz der Minderheiten und die Berück-  
sichtigung der Frauen im Auge haben. Zum Aufgabenge-  
biet der Arbeitsnachweiser treten nach Erlaß der zu  
erwartenden weiteren Vorschriften neben der Arbeitsver-  
mittlung und der Mitwirkung bei der Durchführung von  
gesetzlichen Unterstützungsmaßnahmen für Arbeitslose die  
Berufsberatung und die Lehrstellenvermittlung.

#### Neue Bettkartenpreise.

Mit Gültigkeit vom 20. Oktober ds. Js. ab treten bei  
der Reichsbahn folgende neuen Bettkartenpreise in Kraft:  
1. Klasse 1200 M und Bormerkgebühr 120 M; 2. Klasse  
600 M und Bormerkgebühr 60 M; 3. Klasse 360 M und  
Bormerkgebühr 36 M.

#### Protest des Landesverbands der Mietervereine gegen die württ. Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz.

(StGB.) Stuttgart, 4. Okt. Der Landesverband der Mieter-  
vereine in Württemberg und Hohenzollern nahm Anlaß, in einer  
in den Willehmen Saal einberufenen Protestversammlung zu den  
Ausführungsbestimmungen des württ. Ministeriums des Innern  
zum Reichsmietengesetz Stellung zu nehmen. Nach Begrüßung  
durch den die Versammlung leitenden Vorsitzenden des Groß-  
Stuttgarter Mietervereins, Redakteur Friedrich Joseph, der den  
Zweck der Versammlung in eindringlichen Worten kundtat, er-  
griff der Hauptberichterstatler, der Landesverbandsvorsitzende  
Oberregierungsrat Krauß aus Reutlingen das Wort, um in  
längerer Rede die für die Mieterschaft äußerst ungünstigen würt-  
tembergischen Ausführungsbestimmungen zu beleuchten. Er ver-  
glich diese vielfach mit der Regelung in anderen Ländern, wo  
dem Geist des Gesetzes und dessen Motiven wesentlich besser  
Rücksicht getragen sei. Redner bezeichnete die württ. Ausfüh-  
rungsbestimmungen als in manchen Teilen mit dem Reichsgesetz  
in Widerspruch stehend. Das Reichsmietengesetz, um das die  
Großorganisation der Mieterschaft in heißem Kampfe gerungen,  
beseitigte wenigstens auf vier Jahre die Gefahr der Aufhebung  
der Zwangswirtschaft und habe auch andere Vorteile, die er  
näher darlegte. In einer Entschließung wurde Protest gegen die  
württ. Ausführungsbestimmungen, vor allem gegen die Höhe der  
Verwaltungskosten erhoben und mit einem Mietersstreik in der  
Verpflichtung der Verwaltungskosten gedroht. Endlich wird die  
Ausdehnung des Mieterschutzes auf das Kleingewerbe gefordert.

(StGB.) Stuttgart, 4. Okt. Die königliche Familie  
bringt einen Teil der reichhaltigen Kunstsammlungen in  
dem dem Staat gehörenden Schloß Wilhelma zum Verkauf.

(StGB.) Stuttgart, 4. Okt. Die Stadt hat die Ermäch-  
tigung zur Ausgabe von Notgeld erhalten und wird mor-  
gen den ersten Teil der zur Ausgabe gelangenden 1000 M-  
Scheine in den Verkehr bringen. Die Umlaufzeit ist auf  
2 Monate begrenzt.

(StGB.) Oberkürheim, 4. Okt. Heute nacht 1/2 2 Uhr  
ist in der Cannstatterstraße beim Wehlein'schen Zimmer-  
platz ein mit fünf Personen besetztes Auto infolge falscher  
Führung in den linksseitigen Straßengraben gefahren und  
umgestürzt. Das Auto, das eine Berliner Nummer trägt,  
war bei den Daimlerwerkstätten in Reparatur und wurde  
H. Untertürk. Ztg. von den Insassen zu einer Spazierfahrt  
benutzt. Bei dem Unfall kam der mitfahrende, in Ober-  
kürheim ansässige Chauffeur Schurr unter das Auto und  
erlitt so schwere Verletzungen, daß die beiden sofort herbei-  
gerufenen Ärzte nur noch den bereits eingetretenen Tod  
konstatieren konnten.

(StGB.) Winnenden, 4. Okt. Auf dem Bahnhof wurde  
der 25 Jahre alte verh. Hilfsarbeiter Hieber aus Lauten-

bach beim Einfahren eines Zugs von der Lokomotive er-  
faßt und unter den Zug geworfen. Er war sofort tot.

(StGB.) Bom Heuberg, 4. Okt. Das Kindeerho-  
lungsheim bei Stetten a. L. M. wird in den näch-  
sten Tagen geschlossen. Etwa 170 Kinder sollen noch wäh-  
rend des Winters in der Heilstätte beherbergt werden. Den  
Sommer über waren dauernd 3500 Kinder in Erholung,  
insgesamt 14 000 und dazu 500 Erwachsene aus Württem-  
berg und Baden. Die Versorgung machte teilweise erheb-  
liche Schwierigkeiten, wurde aber zur Zufriedenheit erlei-  
digt. Die Ergebnisse sind auch heuer sehr befriedigend.

(StGB.) Ulm, 4. Okt. Der Gemeinderat hat in seiner letzten  
Sitzung beschlossen, für etwa 60 Millionen Mark Papiergeld  
herauszugeben.

(StGB.) Wadsee, 4. Okt. In Aulendorf fiel ein Herr aus  
Langenau beim Aussteigen aus einem anfahrenen Zug so un-  
glücklich, daß ihm beide Beine abgefahren wurden. Er verschied  
noch am gleichen Abend. — Ein junger Mann aus Schussenried  
fiel gleichfalls in Aulendorf rüdlings vom Trittbrett eines  
Eisenbahnwagens, brach das Genick und blieb tot liegen. —  
Der in den 30er Jahren stehende Weihenwarter Josef Gindele  
von hier kam gestern mittag beim Rangieren auf dem Wad-  
seer Bahnhofgelände so unglücklich zu Fall, daß ihm von einem  
Wagen beide Beine oberhalb der Knie abgefahren wurden. Sein  
Zustand ist sehr ernst.

### Württ. Landtag.

#### Eine Rede des Finanzministers zum Staatshaushalt

(StGB.) Stuttgart, 3. Okt. Der Landtag nahm heute  
nachmittag nach Beendigung seiner Sommerpause die Be-  
ratungen wieder auf. Präsident Walter sprach einige Be-  
grüßungsworte und gab dann Strafanträge gegen den  
Abg. Schneck wegen Beleidigung sowie ein ablehndes  
Schreiben des Reichsverkehrsministers über Freifahrten  
der Landtagsmitglieder bekannt. Sodann wurde eine  
große Anzahl kleiner Anfragen beantwortet. Mi-  
nister Graf erklärte zu der Anfrage Schneck (Komm.) we-  
gen Verhaftungen anlässlich des Metallarbeiterstreiks in  
Ehlingen, daß sich die beiden Arbeiter ihre Festnahme selbst  
zuzuschreiben hätten. Eine Anfrage Adorno wurde vom  
Finanzminister dahin beantwortet, daß eine 40prozentige  
Frachtermäßigung für frisches Obst vom Reichsverkehrs-  
minister gewährt worden sei. Auf die Anfrage Ehrhart  
(Ztr.) betr. die Verbreitung des Borkenkäfers im Ober-  
land wurde erwidert, daß sofort die erforderlichen Maß-  
nahmen, nämlich Fällen der betroffenen Stämme getrof-  
fen wurde. Im Forstbezirk Ulm seien 6000 Ferkometer, Mo-  
schewangen 6000—7000 Fm. und Schussenried 4200 Fm.  
angefallen. Auf eine Anfrage der Abgg. Stetter u. Gen.  
(Komm.) betr. den Schutz der Republik betonte Minister  
Graf, dem Ministerium des Innern seien bis jetzt keine  
Tatsachen bekannt geworden, nach denen in den rechtsge-  
richteten Vereinigungen und Verbänden Württembergs  
Erörterungen stattfänden, die gegen das Schutzgesetz ver-  
stoßen. Regimentsfeiern seien durch das Gesetz zum Schutz  
der Republik nicht untersagt. Ein Verbot könne nur in  
Frage kommen, wenn Anhaltspunkte zu der Befürchtung  
gegeben seien, daß eine derartige Feier zu republik-feind-  
lichen Kundgebungen benützt werden soll. Die Bekundung  
monarchistischer Gesinnung an sich sei nicht verboten. Auf  
die Anfrage des Abg. Flad (Ztr.) betr. Verbotung des  
Handwerks mit Ruhholz wurde von Finanzminister Schall  
geantwortet, der Preis von 25 000 M für den Kubikmeter  
geschnittenen Bau- und Möbeltannensholzes sei angemessen.  
Auf eine weitere Anfrage Flads betr. Streunutzung  
wurde geantwortet, daß die Landwirtschaft durch den Wald  
nicht weiter mit Streu unterstützt werden könne als Streu  
im Walde produziert werde. Empfehlenswert sei die Be-  
nutzung von Torfstreu. Zu einer Anfrage betr. Auszah-  
lung des Nennwerts der Kriegaanleihe durch das Reich an

Angehörige des Mittelstandes, Alte und Erwerbsunfähige  
wurde bemerkt, daß ein Plan, den Kleintrentnern die Mög-  
lichkeit der Verwertung ihrer Kriegaanleihe zu einem an-  
nehmbaren Preise zu beschaffen, zurzeit geprüft werde. Um  
der Schlemmerei und dem Luxus entgegenzutreten sind,  
wie Minister Keil auf eine Anfrage Kloy (B.P.) mitteilte,  
die Einfuhrzölle für Luxuswaren erhöht worden. Der  
Schlemmerei in Gaststätten tritt die Vermögenssteuer  
entgegen. Auf eine Anfrage Stetter (Komm.) wird erwid-  
ert, daß es sich bei der Beschlagnahme von Waffenbestand-  
teilen, Munition und sonstigem zum Verschrotten geeigneten  
Material auf dem Stuttgarter Bahnhof nicht um eine  
Waffenschlebung handelte. Zu der Anfrage Dingler u. Gen.  
betr. Wähernte auf der Alb und im Schwarzwald erklärte  
Minister Keil, daß beim Reichsernährungsminister eine  
Herabsetzung des Getreidelieferungsolls beantragt sei, ein  
Bescheid aber noch nicht vorliege. Schließlich wurde noch  
auf die Anfrage des Abg. Dr. Schermann (Ztr.) betr. die  
Not der Zeitungen folgendes mitgeteilt: Es ist beabsichtigt,  
dem Verein Württ. Zeitungsverleger ähnlich wie in Ba-  
den einen namhaften Staatskredit zur Verfügung zu stel-  
len. Die Verhandlungen hierüber werden morgen statt-  
finden, so daß eine bezügliche Vorlage dem Landtag wohl  
binnen kurzem zugehen könne.

Hierauf trat das Haus in die 1. Beratung des Staats-  
haushaltplanes für 1922 ein. Finanzminister Dr. Schall  
entschuldigte zunächst die verspätete Vorlage mit der durch  
die Verschiebung der Verhältnisse bedingten außerordent-  
lichen Belastung aller Verwaltungen. Der Abschluß für  
1919 sei endlich im Herbst 1921 zustande gebracht worden,  
während der Zeitpunkt des Abschlusses für 1920 noch un-  
gewiß sei. 1919 habe mit einer rechnungsmäßigen Mehr-  
einnahme von rund 97 Millionen Mark geschlossen. Da-  
von waren 39 Millionen zu außerordentlicher Schuld-  
tilgung zu verwenden, während 58 Millionen der Restver-  
waltung zur freien Verfügung zuzuführen, die die Betriebs-  
mittel der Staatshauptkasse herbeiführten, was sehr not-  
wendig ist angesichts der Tatsache, daß die Anforderungen  
an die Staatshauptkasse für Gehaltszahlungen von 200  
Millionen in der letzten Juniwoche auf 1950 Millionen in  
der letzten Septemberwoche gestiegen sind. Für das Rech-  
nungsjahr 1920 steht der Abschluß leider noch aus. Ueber  
das wirkliche Ergebnis des Rechnungsjahres 1921, das mit  
einem Fehlbetrag von 82 1/2 Mill. Mark rechnet, läßt sich  
noch nichts sagen. Der Minister behandelte dann ein-  
gehend den Staatshaushaltplan für 1922. Den Voran-  
schlagszahlen liegen so ziemlich überall die Preise von 1921  
zugrunde. Nur die Besoldungsbesetzungen ab 1. April und  
1. Mai haben noch Aufnahme finden können. Die Geldent-  
wertung wirkt alle Berechnungen über den Haufen. Der  
Mehraufwand des Staates für die Juni-Aufbesserung der  
Beamten, Pensionäre usw. betrug 400 Mill., für die Juli-  
Aufbesserung 530, für die August-Aufbesserung 1400 Mill.  
Die Zahl für die September-Aufbesserung läßt sich noch  
nicht angeben. Bei den sachlichen Aufwendungen liegen  
die Dinge noch schlimmer. Man wird vorgegebene Neu-  
bauten zurückstellen müssen. Für nichtzurückstellbare sind  
große Nachforderungen zu erwarten. Ein Bogen Kanzlei-  
papier kostet 6,50 M. Neueste Sparsamkeit wird geübt.  
Auch der Landtag muß sich mit Anträgen und Beschlüssen  
zum neuen Planentwurf Zurückhaltung auferlegen. Trotz  
der Gehaltserhöhungen bleiben die Realeinkommen der  
Beamten hinter dem Friedenseinkommen zurück. Der  
Vorwurf vom Anwachsen des Beamtenheeres seit der Re-  
volution muß zurückgewiesen werden. In Württemberg  
hatten wir vor dem Krieg nach Abzug der in den Reichs-  
dienst übergetretenen Beamten 12 384 Beamten u. Lehrer-  
stellen, nach dem Planentwurf künftig 14 723, was in  
9 Jahren ein Plus von 18,9 Prozent bedeutet. Im ein-  
zelnen entfällt die Vermehrung in der Hauptsache auf die

10)

### Der G-Bund.

Eine Erzählung für Christkinder  
vom Verfasser des „armen Heinrich“.

Theodors Pflegerkern waren nicht arm, sie hatten schöne  
Acker und Wiesen; aber das Vieh war geraubt, das Haus  
ausgeplündert, die Früchte des Feldes verheert, und in der  
Scheune war kein Vorrat für den Winter. Es kostete viel  
Mühe, wieder etwas Vieh anzuschaffen und das nötige  
Brot zu erwerben, denn wenn man auch gern einen Acker  
oder eine Wiese verkauft hätte, um Geld dazu zu bekom-  
men, so fand sich doch in dieser trübseligen Zeit kein Käu-  
fer. Den Kleinen aber ließen sie dennoch keine Not leiden,  
und wenn auch nur ein Bissen vorhanden war, so gingen  
sie lieber ungegessen ins Bett, als daß sie es ihrem Pflege-  
kinde hätten fehlen lassen. Der Kleine gedieh aber auch  
zusehends, und die Liebe, die ihm widerfuhr, war nicht  
verschwendet, er zeigte bald eine so dankbare Anhänglich-  
keit, und war so aufmerksam und gehorlich, daß sie sich  
oft besinnen mußten, ob das Kind nicht ein eigenes sei, und  
es keinen Augenblick bereuten, ihn aufgenommen zu haben.  
Sechs Jahre lang hatten sie so das fremde Kindlein ge-  
nährt und gehütet und mit herzlicher Elternliebe gepflegt,  
da wurden sie beide schnell von einer im Gefolge des Krie-  
ges umherziehenden Seuche befallen, die den Kranken  
gleich im ersten Stadium die Besinnung zu rauben pflegte.  
Der achtjährige Theodor wußte sich nicht zu helfen, und  
rief die Nachbarfrau, eine arme Witwe, herbei, die, weil  
kein Arzt in der Nähe war, das ihrige nach bestem Wissen  
tat; aber freilich konnte sie so wenig wie der weinende  
Knabe eine durchgreifende Hilfe schaffen, und als endlich  
ein Arzt kam, weil noch mehr Leute im Dorf krank lagen,

sah er gleich, daß es hier zu spät war. In wenigen Tagen  
lagen vor dem verwaisten Knaben nur noch zwei Leichen.  
Jetzt kamen eilig die Verwandten herbei, um das Erbe  
zu teilen. Der eine nahm das Haus, der andere die Acker,  
der dritte die Wiesen, wieder einer die fahrende Habe;  
den Knaben aber wollte keiner. Er war ihnen schon lange  
ein Dorn im Auge gewesen, denn sie fürchteten, er möchte  
von den beiden Leuten an Kindesstatt angenommen wer-  
den und ihnen ihr Erbe wegschnappen. Zum Glück hatten  
die Verstorbenen zwei Bibeln gehabt, eine im Haus, die  
andere im Herzen und aus beiden hatten sie ihren Pflege-  
sohn fleißig unterrichtet und ihm somit einen Schatz hin-  
terlassen, der nicht in die Teilung kam, und auf den die  
lachenden Erben keinen Anspruch machen konnten, auch  
wenn sie gewollt hätten. Ihm fiel nun zu rechter Stunde  
der Spruch ein: „Vater und Mutter verlassen mich, aber  
der Herr nimmt mich auf.“ Das war sein Stab, als er  
seine bisherige Heimat verlassen mußte, der Stab seiner  
rechten Hand, als er genötigt war, mit der linken den Bet-  
telstab zu ergreifen. Zur selbigen Zeit war zwar der Krieg  
zu Ende gegangen, aber die Folgen desselben lasteten noch  
schwer auf den Bewohnern des Landes. Die Acker waren  
verwüftet, die Wohnungen größtenteils verbrannt oder aus-  
geplündert, und aller Enden war große Not. Theodor  
mußte jahrelang umhergehen, ein armes Bettelkind. Von  
Ort zu Ort ging er und suchte Unterkunft, aber überall  
wurde er abgewiesen, denn er hatte keine Heimat; nicht  
einmal die Polizei konnte ihm etwas anhaben und ihn  
auf dem Schilde nach Hause schicken, denn niemand wußte,  
wo er zu Hause war. Sie und da bekam er bei freundlichen  
Leuten etwas zu essen, meistens mußte er mit einem Stüd-

chen altbackenen Brotes vorlieb nehmen. Sein Nachtlager  
fand er gewöhnlich in einer Scheuer auf dem Heu oder in  
einem Holzschop, und im Winter etwa in einem warmen  
Stall, wenn man ihm nicht erlaubte, in der Stube auf  
der Bank zu liegen. Seine Kleider, die bald in Fetzen  
gingen, wurden dann und wann durch eine zerrissene Jacke  
oder geflickte Beinkleider ersetzt, die für einen Achtzehn-  
jährigen groß genug gewesen wären, so daß er darin aus-  
sah wie eine Vogelscheuche. Den Luxus einer ordentlichen  
Fußbekleidung hatte er lange nicht gekannt, im Sommer  
ging er barfuß, im Winter umwickelte er die Füße mit  
alten Lumpen und steckte sie in große Schuhe, die er etwa  
von mitleidigen Leuten erhielt. An Brot jedoch fehlte es  
ihm nie, und eigentlich Hunger leiden durfte er nicht, denn  
dem blühenden, reinlichen und so bescheiden bittenden Kna-  
ben konnte man seine Bitte nicht so leicht abschlagen. Er  
hielt sorgfältig darauf, sich jeden Morgen am Brunnen  
sauber zu waschen, und sein langes schwarzes Haar sich or-  
dentlich auszukämmen, an seinen Kleidern duldete er kei-  
nen Schmutz, sofern es möglich war, und wenn er in einem  
Haus zum Uebernachten aufgenommen wurde, so war im-  
mer sein erstes, daß er nach einer Bibel, und wenn diese  
nicht vorhanden war, nach einem anderen Buche fragte,  
in dem er den ganzen Abend las, zuweilen auch laut, wenn  
es gewünscht wurde. Wären die Leute, die ihn von dieser  
Seite kennen gelernt, nicht in der Regel arm gewesen, so  
hätte er wohl eine bleibende Unterkunft gefunden; aber  
bei den reichen und wohlhabenden wurde er nicht in die  
Stube aufgenommen und pflegte deswegen auch sein Nach-  
quartier nicht bei ihnen aufzuschlagen.

(Fortsetzung folgt.)

Zustizverwaltung mit 400, die Verwaltung des Innern samt dem neuen Arbeits- und Ernährungsministerium mit rund 470 und die Kultverwaltung mit rund 1230 Stellen. Der Minister ging dann auf die bereits bekannten Zahlen des Planentwurfs ein und betonte das Bestreben, der Preissteigerung durch peinlichste Einschränkungen zu begegnen und die Aufwendungen den geschwächten Kräften unseres Staatswesens anzupassen. Man hat sich auch bemüht, die Einnahmen zu steigern durch die Forderung, daß wer staatliche Einrichtungen zum eigenen Vorteil benützt, dem Staat den Aufwand voll ersetzen soll. Der Abmangel beträgt 771,7 Mill. Die Reichszuschüsse werden nur einen Teil des Abmangels decken können und man wird nach neuen Einnahmen suchen müssen. Dabei kommt in Frage die Hinaussetzung des Steuerjahres für die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer von 5 auf 6 Prozent. Alles in allem ergibt sich ein recht trübes Bild. Die bekannten Nöte des Reiches sind auch die unsern. Solange man durch den Vertrag von Versailles unerschwingliches aus uns herauszupressen sucht, ist an eine Besserung und Erholung nicht zu denken, muß die Mark immer weiter sinken. Die bisherige Konjunktur in Industrie und Handel war nur Schein. Jetzt melden sich die Zeichen des Umschlags. Die Geldknappheit ist außerordentlich geworden; die Zoltschranken sind immer schwerer zu überwinden; die Kaufkraft der Bevölkerung geht fortwährend zurück. Das Notatorium wurde uns nicht genehmigt. Die Unsicherheit der Lage unserer Mark geht also weiter. Schwere Erschütterungen des Wirtschaftslebens werden aber auch dann nicht ausgeschlossen, wenn einmal eine gewisse Stabilität des Marktkurses eingetreten sein wird. Zum Schluß wies der Minister darauf hin, daß der wirtschaftliche Tiefstand,

der sich im privaten Wirtschaftsleben zurzeit geltend macht, auch weiterhin auf die Staatsfinanzen wirken werde. Im Staatsbetrieb wie im Privatleben müssen wir uns an das Wort halten: Arbeiten und nicht verzweifeln. Hierauf wurde abgebrochen. Mittwoch nachm. 3 Uhr: Generaldebatte zum Etat.

#### Anfragen.

(SCB.) Stuttgart, 4. Okt. Die Bürgerpartei richtete folgende Große Anfrage an das Staatsministerium: Die zunehmende Geldentwertung hat zur Folge, daß die bisherigen öffentlichen Mittel in keiner Weise zu den nötigen Fürsorgemaßnahmen für die Kleinrentner zureichen. Ist das Staatsministerium bereit, sogleich — bis zum Eingreifen des Reichs — in vorläufiger Weise die erforderlichen Gelder in den Haushaltsplan einzustellen und weitere Hilfsmassnahmen unverzüglich einzuleiten?

(SCB.) Stuttgart, 4. Okt. Beim Landtag ist folgende Kleine Anfrage Bazille eingegangen: Warum ist die Fahnweihe der national-sozialistischen Arbeiterpartei am 2. September verboten worden?

#### Die Diäten der Landtagsmitglieder.

(SCB.) Stuttgart, 4. Okt. Dem Landtag ist ein Gesetzentwurf über Aenderung der Entschädigung der Landtagsmitglieder zugegangen. Danach soll erhöht werden das Monatspauschale von 2000 auf 6000 Mark, das Taggeld von 200 auf 800 Mark, das Gehalt des Präsidenten von 4000 auf 12 500 Mark, der Abzug für Fehlen in den Sitzungen von 75 auf 200 Mark. Das Gesetz ist dringlich und soll mit Wirkung vom 1. September 1922 in Kraft treten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der W. Delfschlager'schen Buchdruckerei, Calw.

### Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

#### Der Kurs der Reichsmark.

\* Der Dollar ist auf die Höhe von 2142 Mark gestiegen, der Schweizer Franken dementsprechend auf 397 Mark.

#### Bericht der Stuttgarter Börse.

(SCB.) Stuttgart, 3. Sept. Der Stuttgarter Effektenmarkt zeigte heute eine sehr feste Tendenz. Die Nachfrage war fast überall sehr gut. Bei einzelnen Werten reichte das Angebot so wenig aus, daß die Aktien, wie z. B. Hesser Maschinen, nicht notiert werden konnten. Die Umsätze waren im allgemeinen sehr umfangreich. Der Bankmarkt freilich war still: Bantanstalt — 5 Prz. (210), Hypothekbank + 3 Prz. (172), Vereinsbank + 5 Prz. (255). Auch die Brauereiaktien zeigten wenig Veränderungen: Hohenzollern + 5 Prz. (415), Wulle + 10 Prz. (410). Umso lebhafter war der Verkehr und umso stärker die Kursbesserungen in Textilwerten: Kolb u. Schüle + 75 Prz. (2100), Ruchen + 50 Prz. (1450), Leinen + 50 Prz. (1400), Efflingen + 100 Prz. (1600), Kottern + 60 Prz. (1360). Auch Maschinen- und Metallwerte lagen sehr fest: Ebinger + 195 Prz. (1310 rat.), Hesser, wie gesagt gestiegen, Weingarten + 40 Prz. (1100), Daimler + 15 Prz. (650), Tuttlingen + 250 Prz. (2050 rat.), Junghans + 20 Prz. (570), Württ. Metallw. + 20 Prz. (1720). Auch die übrigen Werte wurden durchweg höher bezahlt: Köln-Rottw. + 45 Prz. (1195), Salz Heilbronn + 60 Prz. (1500), Lauph. Werkz. + 70 Prz. (2000), Stuttg. Zuder + 29 Prz. (979), Deutsche Del + 85 Prz. (1260), Ziegel Ludwigsh. + 70 (1070). Am freien Markt waren gleichfalls größere Umsätze bei vorwiegend höheren Kursen zu verzeichnen. Viel genannt wurde Fichtelgold u. Ebinger Tricot.

## Oberamts-Sparkasse Calw.

Gemeinnützig und mündelsicher.  
Einlageberechtigt Jedermann.

### Spareinlagen

werden bis auf Weiteres verzinst mit 4 %, bei 1/4 jähr. Kündigung:

bis zu 10000 Mk. . . . . 4 1/2 %, über 10000 Mk. . . . . 4 3/4 %, bei 1/2 jähr. Kündigung:

von 10000 Mk. an aufwärts . . . . 5 %.

Höhere Beträge werden bei längerer Kündigungsfrist noch höher verzinst.

Provisions-, porto- und spesenfreier bargeldlos. Zahlungsverkehr (Giroverkehr).

### Neubulach.

## Farren-Verkauf.



Die hiesige Gemeinde verkauft einen zum Schlachten bestimmten Farren und wolle Angebote nach Lebendgewicht bis Montag, den 9. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr auf dem Rathaus abgegeben werden.

Den 5. Oktober 1922.

Stadtschultheißenamt: Müller

### Forstamt Neuenbürg. Nadelholz- Faugen-Verkauf.

Am Mittwoch, 11. Okt. ds. Js. vormittags 10 Uhr werden auf dem Rathaus in Neuenbürg aus d. Staatswaldungen Eigentümliche Jägeracker, Windloch u. Viehtrieb verkauft: Bauft. Stück: 170 Ia., 85 Ib., 60 II., 40 III. Kl. Hagft. Stück: 30 II., 50 III. Kl. Hopfenst. Stück: 30 I., 75 II., 10 III., 15 IV., 15 V. Kl. Nebst. Stück: 25 I. Kl. Losverzeichnisse von der Forstdirektion G. f. S. in Stuttgart.

### Möbliert. oder leeres Zimmer

zu mieten gesucht. Schriftliche Angebote unter N. C. 232 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

8 büchene 20 Liter haltende Transport-Fäßchen hat abzugeben Hermann Schnürle.

## 12 Tagelöhner

finden  
sofort Beschäftigung bei  
Bauwerkmeister  
Alber & Stäbler.

Trockener Souterrain (ca. 40 qm) als

Lagerraum zu vermieten. Auskunft durch die Geschäftsst. ds. Bl. Ebenfalls selbst ein ca. 600 Liter haltendes

Rundfaß zu verkaufen.

Selle aller Art kauft fortwährend Friedrich Volz, Oberreichenbach.

## Bücher zu Geschenkzwecken:

Deutschland  
und das angelsächsische  
Weltherrschaftsziel  
von Otto Seltmann

geh. M. 90.— In Halbleinen geb. M. 150.—  
(auf holzfrei Papier gedruckt)

### Das Urteil der Vernunft

Versuch einer gemeinverständlichen Darstellung über Ursprung und gesetzmäßige Entwicklung des geistigen und seelischen Lebens

von Otto Seltmann

geh. M. 120.—, geb. M. 180.—

### Der Grenzertragsausgleich

bei Robert Liesmann und sein Zusammenhang mit der Grenznutzentheorie

von Dr. Arnold Kupper

Ein Versuch der Tiefgründung und Zusammenfassung der in ihren Wert- und Nutzenlehren von H. S. Gossen, W. St. Jevons, C. Menger, L. Walras und R. Liesmann gelehrten Bausteine zu einer einheitlichen Nutzenlehre.

114 Seiten, geh. M. 90.—

### Elementarschrift und Elementar-Lesemethode

Zwei Hilfsmittel für das 1. Schuljahr

von J. Beck, Mittelschullehrer

kart. M. 30.—

### Die Zerstörung Calw's im Dreißigjährigen Krieg

am 10. September 1634

von Johann Valentin Andreae

geheftet M. 25.—

Erhältlich in den Buchhandlungen.

Sofort lieferbar  
1 kleinerer, 1 größerer

### Ostertag-Rassenschrank

fabrikneu, weit unter Tagespreis.

Georg Köbele, Nagold, Fernsprecher Nr. 126.

1 Aufzugsführer  
(junger Mann) und

1 Kutscher  
sucht

Sanatorium Schwarzwaldheim, Schömberg, Station Bad Liebenzell.

## Dentist Luibrand hat seine Praxis wiederaufgenommen.

Sprechstunden

von 9—1 Uhr und von 2—6 Uhr.

Am Sonntag findet  
im Gasthof z. Waldhorn in Bad Liebenzell

Hundebörse  
statt, wozu freundlichst eingeladen wird.  
Mehrere Hundefreunde.

Lernt den Wert des Geldes kennen,  
legt Euch einen Sparpfennig zurück.

Die kleinste Summe wird schon verzinst mit 4% in der Sparkasse der Spar- und Vorschubbank Calw.

### Heit. Schwarzwaldbüchel

42 jähr. vermög. Geschäftsmann, lebenslustig, wünscht Anschluss an sonnige, heitere verm. Dame. Auch Damen vom Lande, welche sich nach idealem Heim sehnen, werden höfl. gebeten unter Vorlage des Bildes Mitteilung an Postfach 200 Stuttgart vertrauensvoll zu geben. Diskretion verlangt und ebenso zugesichert.

Wer will rasch und glücklich

heiraten?

Auskunft gegen Rückporto durch  
H. Nagl, Ravensburg, Kästleto.

### Bei sehr hohem Lohn und guter Behandlung

suche ich  
per sofort oder 1. November ein tüchtiges, ehrliches, selbständiges

Mädchen

für meinen aus 2 Personen bestehenden neuen Haushalt Rudolf Schwarz, Wollhandlung

Horb a. N. Fernspr. 84.

Pfaffenhütchenholz kauft zu hohen Preisen kleine und große Quantum Alfred Mayer, Immendingen. Jeder Auskunft stehe postwendend gerne bereit.

## Adler- Schreib- Maschinen

neuestes Modell, fabrikenneu, mit Garantie sofort günstig lieferbar

Louis Schleh,  
Freudenstadt  
Fernsprecher 27.

Telefonische Anfrag. od. Lagerbesuch erwünscht. Bedeutender Preisanschlag steht bevor.

### Gesucht wird auf sofort jüngeres, ordnungsliebendes

Mädchen

für meinen aus 3 erwachsenen Personen bestehenden Haushalt gegen gute Bezahlung.

Frau Notar Schmidt,  
Pforzheim,  
Gewerbekulstraße 1.

Das  
Blaukreuz = Restaurant  
Aderstr. 33 Karlsruhe  
gegr. von der Ev. Stadtmission,

sucht sofort 2 christl. gesinnte  
Küchen-  
Mädchen.

Zeitgemäße Bezahlung wird zugesichert.

Dem morgen w  
schluß der Re  
denten am  
Genehmigung

Innerhalb der  
rungen vorge  
der Reparatur  
gewünscht hat  
ein Anhänger  
Berliner Gesa  
Paris kommt  
rungsstreifen  
Ministeriums  
Poincaré's (!  
natürlich kein  
wäre sie wohl  
französischen  
ritanisch-engli  
Orientreis  
jung der Bezi

Die Auseinander  
n i a haben, a  
und Türken li  
als quantität

Die Aufg

Paris, 5. O  
in Paris verbr  
vom 4. Oktobe  
Mudania mit  
Wächtern der  
seligkeiten der  
sehen, hinter d  
hätten, ferner  
men und die  
vorbereiten,  
werden müsse,  
konferenz vorz  
am 3. Oktober  
eine friedliche  
habe hervorge  
von der Anna  
Ismed Pascha  
die Note grun  
nommen word  
züglich die ad  
Charpi habe a  
tiert worden

Die C

Paris, 5. O  
haben dort di  
über den Berl  
vorgelesen. A  
Abkommens z  
Pascha erwart  
verzügliche  
gung zwischen  
hinzugezogen  
glibern der  
stellt werden.  
haben, den M  
der Note vom

Warschau, 5.  
sprechungen mit  
mit Tischherin  
kantonstifts erg  
Der Abbas  
Paris, 5. O  
tinopel verlau  
Tewfik Pascha  
sammlung mit  
dung der Nati  
tes zu unterwe